

Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse

Zentralsekretariat / Secrétariat central

Spitalgasse 34, 3011 Bern

Postfach / Case postale, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69 / www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch



Geschäftsbericht 2008 - 2009

Verabschiedet von der Geschäftsleitung
zuhanden Parteitag 30. / 31. Oktober 2010

Der Geschäftsbericht 2008 – 2009, verfasst in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn, ist aus Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und verschickt.

Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	3
Geschäftsleitung:	3
Ausserordentlicher Parteitag 01. März 2008	3
Delegiertenversammlung 28.Juni 2008	3
Parteitag 25/26. Oktober 2008	3
Delegiertenversammlung 18. März 2009	4
Delegiertenversammlung 28. Juni 2008	4
Ausserordentlicher Parteitag 17. Oktober 2009	4
SP Fraktion der Bundesversammlung	5
SP Frauen Schweiz	6
Juso Schweiz	7
Jahres- und Delegiertenversammlungen	8
Geschäftsleitung	8
Sektionen	8
Bildungsarbeit	9
Baustellen	9
Campagnes	9
Assemblée annuelle et assemblée des délégué-e-s	9
Comité directeur	10
Formation	10
Chantiers	10
Fachkommissionen	11
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé	11
Commission spécialisée recherche, formation et culture	11
Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen	12
Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung	13
Fachkommission Migration und Integration	13
Fachkommission Staat und Recht	14
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	15
Fachkommission Landwirtschaft	16
Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität	16
Bildung in den Jahren 2008 und 2009	17
Mitgliederstatistik	18

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium:

Seit dem ordentlichen Parteitag 2008 in Aarau kennt die SP Schweiz das Gremium Präsidium, welches sich gemäss Statuten aus dem Präsidenten, der Fraktionspräsidentin, den VizepräsidentInnen und dem Generalsekretären zusammen setzt. Das Präsidium tagte vierzehntäglich und war für die Führung der laufenden politischen Geschäfte, basierend auf den Entscheidungen der Geschäftsleitung, der Delegiertenversammlung und des Parteitaiges zuständig. So befasste sich das Präsidium etwa mit der Vorbereitung der verschiedenen Abstimmungskämpfe und der ersten Überlegungen zur Wahlkampagne 2011.

Geschäftsleitung:

In der Berichtsperiode tagte die Geschäftsleitung an 19 ordentlichen Halbtagsitzungen. Die GL diskutierte und verabschiedete in dieser Zeit mehrere Dutzend Vernehmlassung, Positions- und Thesenpapiere zuhanden von Delegiertenversammlung und Parteitag. Insbesondere die Vorbereitung der Parteitage 2008 mit den Schwerpunkten öffentliche Sicherheit und Finanzkrise und 2009 mit der Lancierung zweier Volksinitiativen forderte seitens der GL-Mitglieder grosses Engagement, Zeit und Sitzungspräsenz. Im 2010 fielen die ganzen Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Revision des Parteiprogrammes.

Ausserordentlicher Parteitag 01. März 2008

Im Zentrum des ausserordentlichen Parteitages vom März 2008 in Basel stand der Präsidiumswechsel: Christian Levrat wurde als Nachfolger von Hans-Jürg Fehr zum Parteipräsidenten gewählt. Zudem entschieden die Delegierten, das Vizepräsidium neu auf fünf Personen auszuweiten. Gewählt wurden die NationalrätInnen Jacqueline Fehr (ZH), Pascale Bruderer (AG), Marina Carobbio Guscetti (TI) und Stéphane Rossini (VS). Vizepräsidentin Silvia Schenker (BS) wurde bereits am ordentlichen Parteitag vom September 2006 in Sursee für zwei Jahre gewählt; diese endeten mit dem ordentlichen Parteitag vom 25./26. Oktober 2008 in Aarau. Zudem fassten die Delegierten einstimmig die Nein-Parole zu den Volksinitiativen bezüglich Einbürgerungen vor Volk und der „Maukorb“-Initiative. Ebenfalls ein Nein wurde zum Gegenvorschlag zur SVP-Leistungsabbau-Initiative verabschiedet. Resolutionen wurden verabschiedet zur öffentlichen Sicherheit und zur Transparenz in der Parteienfinanzierung.

Delegiertenversammlung 28. Juni 2008

An der DV vom 28. Juni in Freiburg beschäftigten sich die Delegierten mit dem Thema Volksschule und verabschiedeten 10 SP-Thesen dazu. Anträgen für die so genannte «freie Schulwahl» erteilte sie eine deutliche Abfuhr. Zudem unterstützte die Versammlung einstimmig die Lancierung einer Volksinitiative für Parallelimporte, um gegen die Hochpreisel Schweiz anzukämpfen. Ferner verabschiedete die DV folgende Parolen: Ja-Parole zur Initiative „für eine vernünftige Hanf-Politik“ sowie zum Betäubungsmittelgesetz. Zur FDP-Initiative zur Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts hingegen wurde die Nein-Parole gefasst.

Parteitag 25/26. Oktober 2008

Am Parteitag in Aarau standen zwei Themen im Zentrum: das Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit und die Finanzmarktkrise. Zu letzterer verabschiedeten die Delegierten einstimmig zwei Resolutionen: Erstens sollen in Zukunft Manager in der Privatwirtschaft nicht mehr Lohn erhalten als ein Bundesrat oder eine Bundesrätin. Mit Annahme der zweiten

Resolution sprachen sich die Delegierten für ein staatliches Konjunkturpaket für den Arbeitsplatz Schweiz aus.

Das zweite wesentliche Thema des Parteitages war das SP-Papier zur öffentlichen Sicherheit: Ein Verbot von Überwachungskameras im öffentlichen Raum wurde abgelehnt, aber die Videoüberwachung soll nur kontrolliert eingesetzt werden. Ebenso unterstützten die Delegierten Massnahmen gegen die organisierte Bettelei und wollen die Gewalt an Sportanlässen bekämpfen. Festgehalten wurde an der Forderung nach 1'500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten und nach der Aufstockung des Grenzwachtkorps.

Intern wurde die Geschäftsleitung von zehn auf 20 Mitglieder ausgeweitet, womit die Kantonalparteien mehr eingebunden werden. Im Präsidium wurde Parteipräsident Christian Levrat, die bisherigen VizepräsidentInnen Jacqueline Fehr (ZH), Pascale Bruderer (AG), Marina Carobbio Guscetti (TI) und Stéphane Rossini (VS) wie auch Generalsekretär Thomas Christen bestätigt. Neu wurde der JUSO-Präsident Cédric Wermuth ins Vizepräsidium gewählt.

Mit einem überwältigtem Mehr beschloss der Parteitag die Ja-Parole zur Personenfreizügigkeit und revidierte ein Teil der Statuten.

Delegiertenversammlung 18. März 2009

An der DV vom 18. März in Neuenburg wurden zehn Thesen für die soziale und ökologische Erneuerung der Wirtschaft sowie den „New Social and Green Deal“ verabschiedet. Konkret forderte die SP die Einrichtung und Speisung eines Spezialfonds in der Höhe von einer Milliarde Franken, womit Solaranlagen auf Schweizer Dächern gebaut und massive Einsparungen beim Erdöl-Verbrauch erzielt werden können.

Zudem wurden insgesamt fünf Resolutionen unterstützt, unter anderem die der Coordination romande, die ein Verbot der Pauschalbesteuerung verlangte, sowie eine Resolution der Geschäftsleitung gegen die Steuerflucht.

Ferner beschliessen die Delegierten die Ja-Parole zur Abstimmung über den Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin. Ein Nein wurde zur Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass beschliessen.

Delegiertenversammlung 28. Juni 2008

An der 24. DV in Winterthur lag der Fokus auf der Wirtschaftssituation der Schweiz. Die Delegierten diskutierten und verabschiedeten ein umfassendes Positionspapier «Zukunft der Finanzmärkte».

Intern wurde der neue grafische Auftritt der SP sowie das neue Parteilogo vorgestellt, das die SP als Partei des Ja darstellt: Ja Sozialdemokratische Partei, Oui Parti socialiste, Sì Partito socialista.

Zudem fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zu den Abstimmungen zur Zusatzfinanzierung der IV durch Anhebung der Mehrwertsteuer sowie zur Abschaffung der allgemeinen Volksinitiative. Zudem beschloss die DV beinahe einstimmig die Unterstützung der Volksinitiative zur Sicherung des Poststellennetzes.

Ausserordentlicher Parteitag 17. Oktober 2009

Im Mittelpunkt des Parteitages in Schwyz stand die Lancierung zweier Initiativen: Erstens die Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn, zweitens zur Investition in erneuerbare Energien und dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze (Cleantech).

Einen Akzent setzte der Parteitag erneut bei der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Ausserdem wurde die Geschäftsleitung beauftragt, angesichts der unaufhaltsam steigenden Krankenkassenprämien und des offensichtlichen Versagens des jetzigen Systems die Diskussion über eine öffentliche Gesundheitskasse zu lancieren.

Ferner wurden mehrere Resolutionen verabschiedet. Unter anderem will die SP nicht, dass Arbeitslose einfach dem Markt erlassen werden; ALV-Taggeldzahlungen sollen verlängert, Bildungsperspektiven gegen die Jugendarbeitslosigkeit geschaffen, erfahrene Mitarbeitende im Betrieb gehalten und die Arbeitslosenversicherung nachhaltig und umsichtig reformiert werden.

Die Ja-Parole fasste der Parteitag zum Verbot von Kriegsmaterialexporten, Nein jedoch zur SVP-Minarettinitiative. Zum "Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr" wurde Stimmenthaltung empfohlen.

SP Fraktion der Bundesversammlung

Politik setzt den Rahmen und die Spielregeln für Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialdemokratische Politik stellt die Menschen – Frauen, Männer und Kinder – ins Zentrum ihrer Arbeit. Diese Aussage findet sich in den Legislaturzielen 2008 - 2011, die sich die SP-Fraktion in National- und Ständerat gesetzt hat. Die Fraktion hat sich unter der Leitung von Ursula Wyss bemüht, diesen Grundsatz in ihrer Parlamentsarbeit umzusetzen und sich konsequent für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. In gewissen Bereichen mit Erfolg, in anderen braucht es noch viel Arbeit. Noch immer geht die Lohnschere weiter auf, prekäre Arbeitssituationen nehmen zu, die Krankenkassenprämien steigen. Die Fraktion hat sich mit viel Engagement für Verbesserungen bei diversen Vorlagen eingesetzt, sei es bei der Revision des Arbeitslosengesetzes, beim Kampf gegen die Abzocker, beim Mietrecht, bei Managed Care oder beim CO₂-Gesetz, um nur einige wenige wichtige Geschäfte dieser Legislatur zu nennen. Auch für eine Stärkung der Beziehungen der Schweiz zur EU und für eine soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung hat sich die Fraktion neben vielen anderen wichtigen Themen stark gemacht.

Die Kaufkraft soll erhöht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert, die Steuergerechtigkeit erhöht, Investitionen in den Bildungsstandort sollen intensiviert werden. Die Sozialwerke sollen gestärkt, die Zweiklassenmedizin muss vermieden werden. Auch der Erhalt des Service Public ist für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land zentral. Für diese und weitere Anliegen haben die Fraktionsmitglieder in den Kommissionen und den beiden Räten Knochenarbeit geleistet und immer wieder versucht, Mehrheiten für unsere Anliegen zu finden. Es zeigt sich aber, dass es schwierig ist, auf bürgerlicher Seite verlässliche Partner zu finden. Zuletzt hat die Diskussion rund um eine Boni-Besteuerung gezeigt, dass die SP mit dem Anliegen zwar die Anliegen eines Grossteils der Bevölkerung vertritt, dass auf bürgerlicher Seite die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aber allzu wenig Gehör finden.

Politik findet im Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Verwaltung und der Bevölkerung statt. Die Fraktion hatte oft Gelegenheit, Fachleute begrüßen zu dürfen, um so eine fundierte und differenzierte Position entwickeln zu können. Dabei war in Bezug auf die Grundwerte stets grosse Geschlossenheit spürbar, z.B. bei der Position zur Ausschaffungsinitiative.

Die Fraktion wird sich auch künftig für eine soziale und offene Schweiz einsetzen.

Pierre-Alain und Ernst, wir vermissen euch!

Pierre-Alain Gentil verstarb am 23. September 2008 und Ernst Leuenberger verliess uns am 30. Juni 2009 für immer. Wir vermissen beide Politiker, die mit Überzeugung für soziale Gerechtigkeit gekämpft haben. Wir vermissen sie aber vor allem auch als warmherzige und humorvolle Menschen und denken mit viel Respekt und Wärme an sie.

SP Frauen Schweiz

Co-Präsidentinnen der SP Frauen Schweiz sind die Zürcher Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg und die Genfer Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi. Zentralsekretärin ist Barbara Berger. Am 31. Dezember 2010 waren 12'190 Frauen Mitglied bei der SP und den SP Frauen, 454 Frauen nur bei den SP Frauen Mitglied.

Bedingt durch die Statutenänderungen wurde der Frauenvorstand anfangs 2009 durch die Frauenkoordination abgelöst, die zweimal pro Jahr stattfand und alle Frauen der SP waren neu auch Mitglied bei den SP Frauen Schweiz.

Die beiden Jahre waren innenpolitisch geprägt durch die Diskussion rund um die 11. AHV-Revision, an der sich die SP Frauen im Frauenbündnis mit bürgerlichen und gewerkschaftlichen Frauenorganisationen klar gegen die Rentenaltererhöhung der Frauen aussprachen, wenn die eingesparte Summe nicht vollumfänglich für die Flexibilisierung zur Verfügung stehen würde. Der Ausgang ist noch offen. Die SP Frauen lancierten die zivilstandsunabhängige Elternvereinbarung als Reaktion auf die Absicht das gemeinsame Sorgerecht im Regelfall einzuführen. Auch ein Verbot der Genitalverstümmelung wurde von der Rechtskommission aufgrund der intensiven Lobbyarbeit der SP Frauen ausgearbeitet. Die Frage der Geschlechter-Quote in Verwaltungsräten nach dem Vorbild Norwegens wurde immer wieder lanciert und eingebracht, während Patrizia Mordini als Vertreterin der SP Frauen direkt bei der UNO in New York zu den mangelnden Gleichstellungsbemühungen der Schweiz intervenierte. Schliesslich führte die Minarettinitiative zu einer punktuellen Zusammenarbeit der SP Frauen mit den anderen Frauenorganisationen der Parteien, um aufzuzeigen, dass Gleichstellung keine Symbolpolitik, wie das Verbot der Minarette, sondern klare Massnahmen in den Bereichen der Lohngleichheit, dem Zugang zu den Teppichetagen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht. Die SP Frauen lancierten nach der Minarettabstimmung die Charta der Frauenrechte, die von Erstunterzeichnerinnen aus der Politik, der Kultur, der Wissenschaft und dem interreligiösen Dialog unterstützt wurde, um die Frauenrechte einzufordern (www.charta-frauenrechte.ch). Dieses Netzwerk besteht weiter.

International waren die SP Frauen an der 19. Frauenkonferenz der Sozialistischen Frauen Internationale im Juni 2008 in Athen präsent, um die Wirkung der internationalen Frauenrechtsabkommen auf die Gleichstellung in der Schweiz aufzuzeigen. Auf der europäischen Ebene fand im November 2008 die Jahreskonferenz der europäischen Sozialdemokratinnen in Madrid unter der Beteiligung der SP Frauen Schweiz statt.

Gleichstellungsdelegation 2008-2009:

Im Frühling 2008 gründete die Fraktion eine Gleichstellungsdelegation unter der Leitung von Maria Roth-Bernasconi, um die Anliegen der Gleichstellung von Frau und Mann nachhaltiger koordinieren zu können. Die Mitglieder der Delegation sind Doris Stump, Silvia Schenker, André Daguet, Josiane Aubert, Bea Heim, Marina Carobbio, Susanne Leutenegger Oberholzer, Géraldine Savary, Ricardo Lumengo und Barbara Berger als gleichstellungspolitische Fachsekretärin. Die Delegation tagte im Juni 2008 zum ersten Mal und traf sich seither einmal pro Session. Die Schwerpunkte der bisherigen Arbeit, die immer zu parlamentarischen Vorstössen geführt haben, waren Gender Budgeting, als die Frage, welche Gelder wem zu Gute kommen, gerade wenn gespart wird. Dann die Begleitung des Hearings der Schweiz vor der Kommission der Frauenrechtskonvention CEDAW und die Einforderung der politischen Umsetzung der verbindlichen Empfehlungen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Gewalt in Partnerschaften, die nun mit mehreren Vorstössen und im Hinblick auf die Abstimmung zur Waffenschutzinitiative weiterverfolgt wird.

Juso Schweiz

Das JUSO-Jahr 2009 war stark durch die 1:12-Initiative geprägt. Von den spannenden Diskussionen an der letzten Jahresversammlung bis heute mitten in der Sammelphase war es ein langer Weg für die JUSO Schweiz. Auch wenn der Weg noch lange nicht zu Ende ist, kann die Geschäftsleitung bereits jetzt auf spannende Erfahrungen zurückblicken. Das „Jahrhundertprojekt“ der JUSO nimmt zwar viele Ressourcen in Anspruch, stärkt die JUSO aber auch. Bereits am ersten Tag wurden 1000 Unterschriften für gerechte Löhne gesammelt und bis heute sind die Sektionen aktiv. Mit verschiedenen Aktionen, wie einem Marktstand für Abzocker oder anderen Visualisierungen der enormen Lohnunterschiede, machen die Jusos in ihren Kantonen immer wieder auf die Thematik und die Initiative aufmerksam. Trotz der Präsenz der 1:12-Initiative schläft die JUSO aber nicht in anderen politischen Bereichen. Ob im Komitee gegen die biometrischen Pässe, gegen den Rentenklau oder gegen Kriegsmaterialexporte: Die JUSO ist zur Stelle, wenn es gilt für unsere Anliegen zu kämpfen. Die JUSO hat sich ausserdem 2009 in vielen Kantonen und Gemeinden gegen Ausgangssperren gewehrt, eine Iran-Demo auf Facebook organisiert, mit einem Plakat, auf dem Doris Leuthard mit blutverschmierten Händen zu sehen war, gegen die Kriegsmaterialexporte gekämpft, an der Schlachtfeyer in Sempach gegen den Aufmarsch Rechtsradikaler protestiert, ein Austrittsformular für Mitglieder der Landeskirchen verbreitet und mit der „Vision Zero“ auf Lösungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufmerksam gemacht.

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Das Jahr 2009 begann für die JUSO Schweiz mit der zweitägigen Jahresversammlung in Bern. Thema war in erster Linie die Lancierung einer Initiative. Im März legte die Jahresversammlung fest, eine 1:12-Initiative zu lancieren. Die definitive Lancierung erfolgte an der ausserordentlichen Jahresversammlung in Köniz im Juli. An der Delegiertenversammlung im Mai in Luzern beschäftigte die JUSO die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Das Positionspapier „Vision Zero – Keine Jugendlichen ohne Arbeit“ wurde verabschiedet. Weiter haben wir Vivien Jobé verabschiedet und Tanja Walliser als zur neuen Zentralsekretärin gewählt. Im August trafen sich die Delegierten in Zürich und verabschiedeten eine Position zu „Atalanta“, dem Armee-Einsatz gegen die Piraterie in Somalia. Im Oktober widmete sich die Versammlung in Solothurn einem umstritteneren Thema. Das Religionspapier wurde heftig diskutiert, so dass es auch noch Thema der letzten Delegiertenversammlung in Lausanne war. 2009 wurde zudem der Neumitgliederapéro „Mein erstes Mal in der JUSO Schweiz“ eingeführt, welcher jeweils vor den Versammlungen stattfindet.

Geschäftsleitung

Nachdem an der letzten Jahresversammlung Seraina Fürer (Schaffhausen) und Monika Simmler (St. Gallen) in die Geschäftsleitung gewählt wurden, war sie wieder vollständig besetzt. Durch den Wechsel im Zentralsekretariat von Vivien zu Tanja wurde bereits im Mai wieder ein Sitz frei. Bei einer spannenden Kampfwahl in Zürich setzte sich Matteo Meyer (Winterthur) durch.

Sektionen

2009 konnten wir sechs neue Sektionen aufnehmen: St. Gallen Stadt & Region, Berner Oberland, Sursee, Zug, Obwalden und Linker Zürisee. Die JUSO Schweiz zählt nun insgesamt 48 Sektionen. Der Kontakt zwischen der JUSO Schweiz und den Sektionen wird laufend durch die Sektionsbesuche und Sektionskonferenzen verbessert. Diese Entwicklung ist auf gutem Weg.

Bildungsarbeit

In Sachen Bildungsarbeit wurde 2009 mit dem ersten JUSO Sommerlager ein Meilenstein gelegt. 150 GenossInnen verbrachten eine Woche in den Flumserbergen. Der Workshop „Warum sind wir SozialistInnen?“ brachte den TeilnehmerInnen die Grundlagen der sozialistischen Theorie näher. In verschiedenen Themenworkshops beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit aktuellen politischen Fragen und grundsätzlichen Debatten oder verfeinerten ihre Kenntnisse des alltäglichen politischen Handwerks. Das Rahmenprogramm mit Spartakiade, verschiedenen Partys und prominenten Gästen sorgte für Unterhaltung und Erholung. Für das leibliche Wohl sorgte das beste Küchenteam in der doch mehr als 100 jährigen Geschichte unserer Organisation.

Neben dem erfolgreichen Sommerlager, das natürlich wiederholt wird, wird im April 2010 auch das erste Mal eine „Easterschool“ stattfinden. Die Vorbereitungen für das verlängerte Wochenende sind bereits in vollem Gange.

Baustellen

Trotz vielen erfolgreichen Kampagnen und Projekten, gibt es immer noch einige Baustellen in der JUSO Schweiz. So muss die Kommunikation zwischen Sektionen und Geschäftsleitung verbessert und intensiviert werden. Auch muss es der Geschäftsleitung gelingen, Personen neben Cédric Wermuth öffentlich zu portieren. Eines der zentralen Ziele der Geschäftsleitung, die Sektionen in der Romandie zu stärken, ist nur vereinzelt geglückt und muss intensiv weiterverfolgt werden. Auch die Frauen sind untervertreten in der JUSO Schweiz. Das zu ändern ist nicht nur Ziel der JUSO Frauen, sondern auch der Geschäftsleitung.

Campagnes

L'année 2009 a naturellement été dominée par le lancement de l'initiative 1:12. Le chemin parcouru entre les discussions passionnantes de la dernière assemblée annuelle et aujourd'hui, au milieu de la phase de récolte de signatures, est extrêmement important pour la JS et riche d'apprentissage pour le Comité directeur. Même si ce « projet du siècle » demande énormément de travail, il renforce la position de la JSS au niveau national. Au premier jour du lancement de l'initiative, plus de 1000 signatures ont été récoltées et les sections ont maintenant pris le relais. En organisant plusieurs actions, comme un stand de marché pour les profiteurs ou d'autres illustrations des énormes disparités salariales, plusieurs sections ont attiré l'attention sur la thématique de l'initiative dans les cantons.

Malgré l'importance de l'initiative 1:12, la JSS reste active dans d'autres domaines politiques. Qu'il s'agisse du comité contre les passeports biométriques, contre le vol des rentes ou l'exportation de matériel de guerre, la JSS est toujours là où il s'agit de défendre nos convictions : dans plusieurs cantons et communes, en militant contre les zones d'interdiction ; en organisant une manifestation de solidarité avec les Iranien-ne-s sur internet ; en menant campagne contre l'exportation de matériel de guerre avec une affiche montrant Doris Leuthard avec du sang sur les mains ; en manifestant à Sempach pour protester contre le défilé de néo-nazis, en distribuant un formulaire permettant de quitter les églises officielles, et avec « Vision zéro » en proposant des solutions pour lutter contre le chômage des jeunes.

Assemblée annuelle et assemblée des délégué-e-s

L'année 2009 a commencé par une assemblée annuelle de deux jours à Berne, dominée par le thème du lancement d'une initiative. En mars, l'assemblée annuelle a approuvé le lancement de l'initiative 1 :12, qui a été définitivement lancée en juillet lors d'une assemblée extraordinaire à Köniz. Lors de l'assemblée des délégués de mai à Lucerne, la JS s'est occupée de la hausse du chômage parmi les jeunes, et a fait plusieurs propositions avec l'adoption de sa prise de position « Vision zéro : Pas de jeunes aux chômage ». L'assemblée a également élu Tanja Walliser pour succéder à Vivien Jobé au poste de secrétaire centrale. En août, les délégué-e-s réuni-e-s à Zurich ont pris position sur le projet « Atalante » qui prévoit l'engagement de l'armée contre les pirates en Somalie. L'assemblée de Soleure en octobre s'est penchée sur le thème controversé de la religion. La prise de position a été âprement discutée et a encore été l'objet principal des débats lors de la dernière assemblée des délégué-e-s, en décembre, à Lausanne. L'année 2009 a également vu l'introduction d'un apéritif pour souhaiter la bienvenue aux nouveaux-elles membres, « ma première fois avec la JSS », qui a lieu avant les assemblées.

Comité directeur

Avec l'élection de Seraina Fürer (Schaffhouse) et Monika Simmler (St.Gall) lors de l'assemblée annuelle, le comité directeur était à nouveau au complet. Le changement au poste de secrétaire a libéré un siège, et Mattea Meyer (Winterthur) a rejoint le comité après une élection palpitante à Zurich.

Formation

Le premier camp d'été de la JS a été une innovation importante dans notre activité de formation. Plus de 150 participant-e-s, réuni-e-s pendant une semaine à la montagne, ont pu prendre part à des ateliers sur les théories socialistes, des questions politiques actuelles ou sur l'activité militante au quotidien. A côté de ce travail de fond, plusieurs événements sportifs et festifs ont été organisés. Le camp d'été, qui sera naturellement reconduit prochainement, sera complété dès avril 2010 par l'organisation d'une « Easter-School », dont la préparation va bon train.

Chantiers

Malgré de nombreuses campagnes et projets en cours, il reste encore beaucoup à faire dans certains domaines. La communication entre les sections et le Comité directeur doit par exemple être améliorée et intensifiée ; le comité doit aussi s'efforcer de soutenir d'autres personnalités que Cédric Wermuth auprès du public. Un des objectifs principaux est de renforcer les sections en Suisse romande, et il reste encore beaucoup à faire dans ce but. En outre, les femmes sont encore sous-représentées au sein de la JS ; le GT femmes et le Comité directeur doivent y travailler ensemble.

Fachkommissionen

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

Dans le domaine de la politique de la santé, la commission s'est d'une part concentrée sur la votation populaire relative à l'article constitutionnel «Qualité et efficacité économique dans l'assurance-maladie». La mise en réseau ainsi renforcée avec les professionnels de la santé et les associations de patient-e-s a largement contribué à empêcher une privatisation de la santé. D'autre part, les discussions menées sur le nouveau régime de financement des soins et le gel des cabinets médicaux ont permis au parti de se déterminer sur les projets de lois y relatifs. La commission s'est également informée de l'état des travaux sur le E-Health auprès d'Adrian Schmid (OFSP).

S'agissant de la sécurité sociale, la commission a souhaité explorer de nouvelles pistes. L'étude du Prof. Philippe Wanner (Université GE) « la situation économique des actifs et des rentiers » et celle du Prof. Dr. Walter Rehberg (FHS St-Gall) « préjugés et faits concernant la situation économique des personnes âgées » lui ont ainsi été présentées. L'une des conclusions principales était que le monde politique doit en premier lieu lutter contre la pauvreté des actifs pour éviter d'autant celles des rentiers. Dans ce sens, Pascal Coullery et Bettina Seebeck ont présenté le « rapport social 2008, la pauvreté dans le canton de BE ». Cet instrument permet de comprendre la réalité de la pauvreté dans toute sa complexité. Il a mis en évidence les groupes à risque et la nécessité d'une loi-cadre fédérale pour la couverture du minimum vital. Une intervention parlementaire a ensuite été déposée dans le but de faire accélérer les travaux du Conseil fédéral sur l'élaboration d'une stratégie de lutte nationale contre la pauvreté. La commission s'est de plus fait présenter le modèle bâlois de la loi sur l'harmonisation et la coordination des prestations sociales liées aux besoins par Sarah Thoenen. En ce qui concerne l'AI, les membres de la commission, ainsi que du Forum pour les questions relatives aux personnes handicapées, ont pu discuter des arguments de la campagne relative à la votation sur le financement additionnel de l'AI présentée par Christine Häslér (Procap). Par ailleurs, Georges Pestalozzi (Integration Handicap) et Ursula Schaffner (AGILE) ont pris position sur la 6^e révision de l'AI, premier train de mesures. En outre, l'exposé de Ruedi Rechsteiner contre la baisse du taux de conversion a conforté la majorité de la commission à soutenir le référendum. Enfin, les enjeux de la révision LAA ont été présentés par Colette Nova (USS).

Commission spécialisée recherche, formation et culture

Die Diskussionen der Fachkommission waren von folgenden Themen geprägt: Volksschule, frühkindliche Förderung, Bildungsraum Schweiz und Weiterbildung. Sie diskutierte die 11 Thesen der SP zur Volksschule unter dem Motto „Für einen chancenreichen Start ins Leben“. Urs Moser (Universität ZH) bereicherte die Diskussion mit seiner Analyse zur Volksschule. Andere Diskussionen fanden statt, unter anderem mit Isabelle Chassot und Hans Ambühl (EDK). Dabei ging es insbesondere um das von der SP unterstützte Projekt Har-moS und die damit verbundenen Wertvorstellungen. Jacqueline Fehr hat mit ihrem Beitrag zum Spannungsfeld „Frühkindliche Bildung - Förderwahn der Eltern oder Chance für die Kinder?“ ebenfalls spannende Anregungen gegeben und dabei folgende Fragen aufgegriffen: Was ist frühkindliche Bildung? Mit welchen Instrumenten lässt sich diese umsetzen? Wie sehen die internationalen Entwicklungen aus? Mit dem Zustandekommen des Har-moS-Konkordats kann die SP im Hinblick auf die Förderung der Chancengleichheit eine positive Zwischenbilanz ziehen, weiteres politisches Engagement ist aber nötig.

Dans le domaine de l'accueil des enfants en préscolaire et parascolaire, pour avoir une vue d'ensemble et encourager des actions au niveau cantonal, Jean-François Steiert (CDIP), Ursula Marti et Hilde Fässler (ASSAE) ont mis le doigt sur les grosses lacunes existantes. Les revendications du PS ont ensuite été formulées dans la réponse à la consultation sur la loi sur les aides financières à l'accueil extra-familial.

Zum Thema Bildungsraum Schweiz fand ein Austausch mit Mauro Dell'Ambrogio (SER) statt. Im Zentrum standen folgende Fragestellungen: Wie sieht ein Bildungssystem aus, das Chancengleichheit, Durchlässigkeit und verschiedene Bildungswege gleichberechtigt fördert? Dazu gehörten Diskussionen rund um das Hochschulförder- und Koordinationsgesetz (HFKG) und die Frage, welche Rolle Bund und Kantone spielen. Dazu gehörten auch Überlegungen zu Finanzierung, Stipendien und Studiengebühren sowie Betreuungsverhältnissen.

Une seconde rencontre consacrée à la LAHE, à laquelle Mauro Dell'Ambrogio, Fredy Sidler (ancien secrétaire général CSHEs), Rahel Imobersteg et Marco Haller (UNES) ainsi qu'Anne-Catherine Lyon (conseillère d'Etat, VD) ont pris part, a permis de faire le point sur les principales modifications et revendications par rapport au projet mis en consultation en vue de son traitement par la CSEC-E. Sur le thème de la formation continue, le Prof. Dr. Stefan C. Wolter (CSRE, Université BE) a présenté les résultats d'une expérience menée sur le terrain et mis en évidence que si les bons de formation permettent d'augmenter la participation globale aux formations continues, leur utilisation ne devrait cependant pas être généralisée.

Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen

Beim Verkehr und Fernmeldewesen haben sich die Parteigremien schwergewichtig mit drei Themen befasst, die unter dem Service public und den damit verbundenen Werten subsummiert werden können: öV, Post und Telekommunikation. Beim öV fanden mehrere Diskussionen statt, zu denen wir uns u.a. mit folgenden Fachleuten austauschen konnten: Caroline Beglinger (VCS), Ueli Stückelberger und Jens Lundsgaard-Hansen (beide BAV), Kurt Signer (damaliger SBB-Generalsekretär) oder Hans Werder (Generalsekretär UVEK). Dabei ging es u.a. um die Bahnlandschaft, die integrierte Unternehmung oder Liberalisierungsfragen. Diskutiert wurden auch der Infrastrukturfonds bzw. die so genannte „Engpassbeseitigung“ bei den Nationalstrassen sowie die Agglomerationsprogramme. Dabei stehen aus Sicht der SP diejenigen Massnahmen im Vordergrund, die den öV und den Langsamverkehr fördern. Ein weiteres grosses Thema war und ist Bahn 2030. Die SP setzt sich für eine ausreichende Finanzierung ein und prüft die verschiedenen zur Diskussion stehenden Varianten (MWST, LSVA, Mineralölsteuer, Pensionskassen, Mobility pricing, Teilzweckbindung CO₂-Abgabe auf Treibstoffen etc.) sorgfältig. Das Erfolgsmodell des Fi-nöV-Fonds soll fortgesetzt werden. Ebenso soll die von der SP unterstützte Initiative „Für mehr öffentlichen Verkehr“ eine Mehrheit finden. Im Bereich Fernmeldewesen fand neben verschiedenen internen Diskussionen ein Austausch mit Martin Dumermuth, Direktor BAKOM, statt. Im Zentrum stand die Frage, welche Service public-Leistung es wann braucht und wie diese finanziert wird. Die Erschliessung mit Glasfasern ist dabei ein zentraler Aspekt, andere Technologien sind zu prüfen. Die Versorgung im Glasfaserbereich ist heute noch gering, die Dynamik wiederum gross. Im Fokus steht das „Multifasermodell“. In diesem Kontext muss die Frage der Wettbewerbsregulierung diskutiert werden, die auf politischem Weg die flächendeckende und qualitativ hochstehende Erschliessung der ganzen Schweiz garantieren muss. Zum Thema Post fand ein Austausch u.a. mit Alain Carrupt (Gewerkschaft Kommunikation) und Vertretern der Post statt. Die SP setzt sich für einen

starken Service public bei der Post ein. Dazu gehören das Restmonopol bei der Briefpost als Finanzierungsinstrument, ein starkes Poststellennetz – gerade auch in den Randregionen – und eine Banklizenz. Die SP hat gemeinsam mit der Geko die Postinitiative lanciert und setzt sich auch bei der Postgesetzrevision für diese Anliegen ein. Damit verbunden sind auch Fragen der Arbeitsplatzqualität und -sicherheit. Auch die „AG Medien“ der SP Schweiz hat sich zu regelmässigen Sitzungen getroffen und im Mai 2010 eine Tagung organisiert zum Thema „Zukünftige Rolle der Trägerschaft SRG“.

Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung

Im Fokus standen die Energie- und Klimapolitik. Intensiv diskutiert wurde das CO₂-Gesetz, das der von der SP mitlancierten Klima-Initiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. U.a. mit Andrea Burkhardt, Sektionschefin Klima beim BAfU, wurde ein Austausch rund um „Kopenhagen“ geführt. Die SP fordert neben einem ausreichenden Inlandziel wirksame Instrumente, namentlich beim Verkehr (CO₂-Abgabe auf Treibstoffen, Angleichung an EU-Vorgaben). Die Massnahmen im Gebäudebereich müssen weitergeführt werden. Mit ihrer im März lancierten „Cleantech-Initiative“ hat die SP ihre Vorstellungen präsentiert: Bis 2030 müssen mindestens 50% der Energieversorgung erneuerbar sein. Wie die konkrete Umsetzung aussehen kann, wurde am 12. Februar 2010 an einer Tagung gemeinsam mit Fachleuten diskutiert. Eine nachhaltige Energieversorgung muss ohne Atomkraft auskommen. Die SP ist deshalb Mitglied der Anti-Atom-Allianz und hat sich zu Strategien rund um das Rahmenbewilligungsgesuch mit Graziella Regazzoni, Geschäftsführerin der Allianz, ausgetauscht. Es muss deutlich werden, dass AKW durch erneuerbare Energien und die Förderung von Energieeffizienz ersetzt werden können. Die kostendeckende Einspeisevergütung, für deren unbeschränkte Förderung die SP sich stark gemacht hat, ist das zentrale Instrument zur Umsetzung der Initiative im Strombereich. Rund um die AKW-Frage wurde auch das Thema Atommüll diskutiert, u.a. zusammen mit Stefan Jordi vom BfE. Klar ist: Es gibt Abfälle und damit muss ein Umgang gefunden werden. Die Müllfrage kann aber nicht losgelöst von der Energiefrage diskutiert werden. Ein weiteres Thema war die Elektromobilität. Diese Frage wurde mit Andreas Burgener, Direktor AutoSchweiz und Kurt Hug, Professor für Automotive Electronics and Photonics, erörtert. Dabei wurde deutlich: Es muss sich ein ressourcenschonenderes Verhältnis zur Mobilität im Allgemeinen und zum Auto im Besonderen entwickeln. Ebenfalls klar wurde: Elektrofahrzeuge für den Stadtverkehr werden früher oder später kommen. Die nächsten Jahre wird aber noch der thermische Motor dominieren. Die dort bestehenden grossen Effizienzpotenziale müssen deshalb ausgeschöpft werden. Ein weiteres Thema war die Raumplanung. Es wurde ausgelotet, welche Erwartungen die SP an ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Raumplanungsgesetz stellt. Dazu fanden Diskussionen mit Marcus Ulber, Pro Natura, Raimund Rodewald, Stiftung Landschaftsschutz und Lukas Bühlmann, schweizerische Vereinigung für Landesplanung, statt. Unbestritten ist, dass die Landschaftsinitiative weiterhin als zentrales Instrument weiterverfolgt wird.

Fachkommission Migration und Integration

Die Kommission konzentrierte sich in ihrer Arbeit hauptsächlich auf die vielfältigen Fragestellungen im Themenbereich der Integration.

Sie ging zusammen mit Thomas Kessler (Integrationsbeauftragter des Kantons Basel Stadt) und Mario Gattiker (Vizedirektor Bundesamt für Migration) der Frage nach, ob es ein Integrationsgesetz des Bundes brauche, wie man gelungene Integration definieren könne und was die Konsequenzen gescheiterter Integration sein sollen. Sie liess sich von ihren Mitgliedern Barbara Gysel (Präsidentin der SP des Kantons Zug) und Ylfete Fanai (SP-Grossstadträtin Lu-

gern) das ausgezeichnete neue Positionspapier der SP Kanton Zug zu Migration und Integration vorstellen. Anschliessend setzte sich die Kommission eingehend mit Fragen der Förderung von Migrantinnen und Migranten auseinander. Speziell beleuchtet wurden dabei die Fragen rund um die sprachliche Frühförderung. Nicole Bayer (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich) stellte die Ergebnisse einer Nationalfondsstudie vor, die aufzeigte, dass Kurse in Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) deutlich weniger zu einem raschen Erwerb der hiesigen Sprache beitragen als bisher angenommen. In einer weiteren Sitzung stellte und David Keller (Verantwortlicher für das Projekt „Zusammenleben in Ostermündigen“) das mustergültige Pilotprojekt vor, das versucht, die verschiedenen Integrationstheorien und –ansätze in der Praxis umzusetzen und dabei gleichzeitig zu evaluieren, welche Vorgehensweisen sich dabei bewähren. Aus vielen Sitzungen resultierten parlamentarische Vorstösse von Kommissionsmitgliedern der eidgenössischen Räte.

Daneben hat sich die Kommission aber auch mit Fragen der Migration auseinandergesetzt. Auf Bitte der AG Migration der Fraktion begutachtete sie in Anwesenheit von Simone Prodoliet (Geschäftsführerin Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM) und Elisabeth Steiner (stellvertretenden Geschäftsführerin und Informationsbeauftragte EKM) ein Konzept der Arbeitsgruppe und musste feststellen, dass insbesondere im Bereich irreguläre Migration und Sans-Papiers einfache Antworten und Patentlösungen nicht zielführend sind.

Selbstverständlich hat sich aber nicht nur die Kommission, sondern insbesondere auch die Delegation der SPK-N intensiv mit migrations- und integrationspolitischen Fragen auseinandergesetzt – dies insbesondere bei der Diskussion des direkten Gegenvorschlags zur Ausschaffungsinitiative. Daneben beteiligen sich etliche Delegationsmitglieder langfristig und kontinuierlich an z.T. parteiübergreifenden Arbeitsgruppen zu diesen Themen.

Fachkommission Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihre Arbeit auf die Diskussion einiger weniger, ausgesuchter Themen konzentriert. So begutachtete sie zu Beginn der Legislatur den Entwurf für die Erweiterung des Bundesgesetzes über die innere Sicherheit (BWIS II). Sie liess sich die Vorlage von Jürg Bühler (stellvertretender Leiter DAP) vorstellen und sie von Prof. Markus Schefer (Spezialist für Grundrechte an der Universität Basel) kritisch durchleuchten. Die Fachkommissionssitzung war entscheidend für die Meinungsbildung in der Delegation RK-N und anschliessend in der Fraktion und führte dazu, dass die Vorlage mit Hilfe anderer Parteien an den Bundesrat für eine vollständige Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen werden konnte.

In ihren weiteren Sitzungen befasste sich die Kommission mit zwei Aufträgen, die ihr vom Parteitag in Aarau im Herbst 08 übertragen worden waren. So vertiefte sie sich zuerst ins Themengebiet Sexismus und Medien und liess sich von Dore Heim (Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich), Mischa Senn (Leiter des Zentrums für Kulturrecht (ZKR) und Vizepräsident der Schweizerischen Lauterkeitskommission) und Isabelle Zinn (Fachfrau Sexismus bei Terre des femmes) den aktuellen Stand der Diskussion aufzeigen. Aus der Sitzung resultierte eine Resolution zur Eindämmung von Sexismus in Werbung und Medien, die an der Delegiertenversammlung vom 27. Juni 09 verabschiedet wurde. In einer weiteren Sitzung liess sich die Fachkommission durch Pascal Lamia (Informatiksicherheitsbeauftragter Bund und Leiter Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI), Michael Perler (Chef Bundeskriminalpolizei) und Peter Alborn (Fachexperte der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik)) eindrücklich vor Augen führen,

auf wie raffinierte Weise Kriminelle im Internet vorgehen. Christian Schwarzenegger (Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der Universität Zürich und Spezialist für Internetkriminalität) leitete anschliessend daraus den gesetzgeberischen Handlungsbedarf ab, welcher bei den entsprechenden Gesetzesrevisionen von den ParlamentarierInnen der SP eingefordert werden wird.

Ebenfalls wichtig waren die in der Delegation RK-N zu zentralen Themen im Zuständigkeitsbereich der Kommission geführten Diskussionen. So bereitete die Delegation im Vorfeld der ausserordentlichen Session zum Strafrecht eine Grundsatzdebatte über Strafrecht und Gesellschaft vor, die mit grossem Interesse und Aufmerksamkeit in der Gesamtfraktion geführt wurde. Zentralstes Thema in der Delegation RK-N während der ersten Legislaturhälfte war aber sicher die Abzockerei. Sowohl während der Behandlung der Aktienrechtsrevision wie auch bei der Behandlung des direkten Gegenvorschlags zur Abzockerinitiative hat die SP-Fraktion gezeigt, dass sie die einzige ernst zu nehmende politische Kraft ist, die die Abzockerei wirklich und konsequent bekämpft.

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die globale Krise hat während der letzten zwei Jahre die Wirtschafts- und Finanzpolitik entscheidend bestimmt. Aus Sicht der SP standen dabei frühzeitig die Frage der Konjunkturstimulierung durch ein entsprechendes staatliches Programm und eine verschärfte Regulierung des Finanzmarktes im Zentrum. Durch die stetig steigende Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz erhielt auch die hängige Revision der Arbeitslosenversicherung (AVIG) zusätzliche Brisanz. Die Fachkommission debattierte diese umstrittene Revision zusammen mit VertreterInnen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Daniel Keller), des Arbeitgeberverbandes (Roland Müller) sowie des SGB (Manuela Bruderer). Wiederholt diskutierten die Mitglieder der Fachkommission Themen rund um die Zukunft des Schweizer Finanzplatzes: Unter dem Titel „Lehren aus der Finanzkrise: Neue Herausforderung für Aufsicht und Regulierung“ präsentierten Urs Heller von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Finanzmarktexperte Martin Janssen von der Uni Zürich, Andreas Missbach von der Erklärung von Bern sowie Eugen Haltiner und Patrick Raaflaub von der Finanzmarktaufsicht den interessierten GenossInnen ihre Konzepte. Zum ähnlich gelagerten Thema „Schafft die Schweiz in der Frage der internationalen Amtshilfe bei Steuerhinterziehung den erhofften Befreiungsschlag?“ erfolgte der Austausch mit den namhaften Experten Ulrich Thielemann (Institut für Wirtschaftsethik, Uni St. Gallen), Urs Birchler (SNB/Uni Zürich) sowie Jürg Giraudi (Delegierter für internationale Steuerfragen Eidg. Steuerverwaltung). Mit VertreterInnen der Schweizer Börse, der Finma und Finanzverwaltung erörterte die Fachkommission zudem allfälligen Handlungsbedarf in der Börsenaufsicht vor dem Hintergrund des aktuellen Falls Sulzer/Renova. Ganz im Zeichen der UBS-Affäre waren ferner zwei Veranstaltungen und Diskussionen mit den Buchautoren Lukas Hässig (Paradies perdu) und Peter Hablützel (Die Banken und ihre Schweiz) sowie mit Professor Urs Birchler, der im Auftrag der SP eine Studie zur faktischen Staatsgarantie der Grossbanken verfasste.

Zwei ihrer vierteljährlichen Sitzungen widmete die Fachkommission zudem der eigenen Steuergerechtigkeitsinitiative, wobei in einer ersten Runde mit kritischen Beobachtern aus Wirtschaft (Jörg Walker KPMG) und Wissenschaft (Marius Brülhart, Uni Lausanne) eher Grundsätzliches diskutiert wurde. Anschliessend stand in einer internen Diskussion die Abstimmungskampagne für die Steuergerechtigkeitsinitiative im Zentrum.

Fachkommission Landwirtschaft

Die weitere Marktöffnung im Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektor (Stichwort Freihandelsabkommen mit der EU und WTO-Runde) und die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems zieht sich wie ein roter Faden durch die Aktivitäten der Fachkommission Landwirtschaft. Im kleinen Kreis der SP-Agrarexperten beteiligten sich wiederholt auch führende Vertreter des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) wie Direktor Manfred Bösch und Vizedirektor Jacques Chavaz an den Debatten. Was den zentralen Aspekt der „Qualitätsstrategie“ der schweizerischen Landwirtschaft betrifft, referierten an den vierteljährlichen Veranstaltungen als Gäste unter anderem Urs Niggli und Matthias Stolze vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in Frick oder Felix Wehrle von Coop. Insbesondere auch im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Agrarsession des Nationalrates erfolgte zudem eine enge Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen der Agrarallianz (namentlich Christof Dietler, Marcel Liner, Herbert Karch). Die weitere Zukunft der Schweizer BäuerInnen war ferner Thema einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern von Vision Landwirtschaft (Andreas Bosshard, Felix Schläpfer, Markus Jenny), die mit ihrem Weissbuch Landwirtschaft Schweiz eine öffentliche Debatte ausgelöst haben.

Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität

Der Verein „Fachkommission Lesben und Schwule in der SP Schweiz“ wurde mit Beschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 23. November 2009, unter Verdankung der Verdienste des Vorstandes, aufgelöst und in eine reguläre Fachkommission der SP Schweiz überführt. Diese heisst neu „Fachkommission für sexuelle Orientierung und Identität/ Commission spécialisée orientation sexuelle et identité de genre“ und hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der SP Schweiz ein kritisches Denken in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle "Normalität" fördern und politische Handlungsfelder und Strategien zu identifizieren. Das Co-Präsidium wird von Stefanie Boulila und Margret Kiener Nellen geführt.

Die Fachkommission traf sich am 2. Juni 2010 zu einer gutbesuchten konstituierenden Sitzung und legte eine spannende und anspruchsvolle Themenliste für ihre Arbeit fest. Die Schwerpunkte der Arbeit der Fachkommission liegen in den kommenden Monaten bei Intersexualität wobei es vor allem darum geht, Aktivitäten von ParlamentarierInnen auf nationaler und kantonaler Ebene zu koordinieren, die bereits zum Thema arbeiten. Dazu besuchte ein Fachkommissionsmitglied eine Transgender-Tagung in Brüssel und knüpfte Kontakte mit der LGBT Intergroup des Europäischen Parlaments. Stefanie Boulila setzte sich ausserdem mit LGBT Labour in Kontakt, welche momentan das Sekretariat des europäischen Netzwerks „Rainbowrose“ führen und über eine sehr differenzierte Agenda verfügen (zB ethnische Minderheiten). Neben der LOS und Pink Cross sind ausserdem der Verein Familienchancen und Queer Amnesty wichtige Partner geworden. Aus beiden Vereinen haben wir aktive Mitglieder in unserer Fachkommission.

Bildung in den Jahren 2008 und 2009

An sechs ordentlichen Koordinationskonferenzen wurden Kampagnen zu nationalen Abstimmungen und Unterschriftensammlungen sowie die Erneuerung der SP, das neue Mitgliederverwaltungssystem, der neue grafische Auftritt und die Strukturreform diskutiert und umgesetzt. Die Koordinationskonferenz wurde gemäss den neuen Statuten (PT Oktober 08 in Aarau) angepasst und hat mehr Verantwortung und Kompetenz erhalten sowie sich selbst ein Geschäftsreglement gegeben. Zudem konnte eine Quotenvereinbarung für nationale Unterschriftensammlungen mit den Kantonalparteien verabschiedet werden. Die Mitgliederwerbung und die Sektionsstrukturen wurden an einer a.o. KoKo behandelt und ein Massnahmenkatalog für die Wahlen 2011 beschlossen.

Ein Treffen mit den Sekretariatsverantwortlichen der Kantonalparteien wurde in Bern durchgeführt. Statutenänderung, Admo, Mitgliederwerbung und der neue grafische Auftritt wurden an dieser Tagung behandelt.

Zwei Kick-off-Anlässe zur Zweiklassenmedizin (Prämieninitiative) wurden den Kantonalparteien in Zürich und Lausanne angeboten.

Die Exekutiven-Tagung 2008 behandelte die beiden Themen „öffentliche Sicherheit“ und „Energie: erneuerbar statt atomar“.

Da unsere Exekutivmitglieder zeitlich sehr belastet sind, wurde beschlossen, die Tagungen in dieser Form nicht mehr durchzuführen. Neu werden themenspezifische Anlässe angeboten, zu welchen weitere Interessierte eingeladen werden. So wurde im 2009 eine 2tägige Energietagung organisiert, an welche knapp 100 Personen teilgenommen haben.

Abteilungsintern wurde ein Genderworkshop durchgeführt.

Auf Initiative von Pascal Bruderer wurde das Nachwuchsförderprogramm „Junge Perspektiven“ ins Leben gerufen. Jährlich erhält eine Kerngruppe von Nachwuchstalenten an mehreren Anlässen die Möglichkeit sich durch Profis in der Kampagnenführung, im Schreiben für Medien und für TV- und Radio-Auftritte schulen zu lassen. Im 2009 wurden dazu 5 verschiedene Anlässe, einer davon 2tägig, angeboten. Zudem wurde ein Grossanlass durchgeführt, mit jenen, die nicht in die Kerngruppe aufgenommen werden können. Es gab 120 Anmeldungen.

Für die Mitglieder des Referendumsclub wurde ein Besuch organisiert in der GEWA, die gelegentlich mit der Beglaubigung der Unterschriften beauftragt wird, sowie bei der Bundeskanzlei, wo aufgezeigt wurde, was mit den Eingereichten Unterschriften anschliessend geschieht. Etwa 40 Personen besuchten diesen spannenden Anlass.

Mitgliederstatistik

Kanton	1995	2000	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06-07		+/- 07-08		+/- 08-09		+/- 09-10	
Aargau	3138	2854	2508	2451	2329	2345	2310	-57	-2.33%	-122	-5.24%	16	0.68%	-35	-1.52%
Appenzell	170	159	225	226	225	231	226	1	0.44%	-1	-0.44%	6	2.60%	-5	-2.21%
Baselland	1550	1459	1364	1384	1381	1372	1338	20	1.45%	-3	-0.22%	-9	-0.66%	-34	-2.54%
Baselstadt	947	936	872	821	835	833	744	-51	-6.21%	14	1.68%	-2	-0.24%	-89	-11.96%
Bern	10580	9148	8234	7930	7657	7394	7217	-304	-3.83%	-273	-3.57%	-263	-3.56%	-177	-2.45%
Freiburg	814	963	774	833	854	861	782	59	7.08%	21	2.46%	7	0.81%	-79	-10.10%
Genève	799	855	814	849	907	598	790	35	4.12%	58	6.39%	-309	-51.67%	192	24.30%
Glarus	221	222	215	214	208	202	184	-1	-0.47%	-6	-2.88%	-6	-2.97%	-18	-9.78%
Graubünden	586	568	600	620	588	598	611	20	3.23%	-32	-5.44%	10	1.67%	13	2.13%
Jura	611	514	494	494	484	484	496	0	0.00%	-10	-2.07%	0	0.00%	12	2.42%
Luzern	842	855	833	787	808	814	766	-46	-5.84%	21	2.60%	6	0.74%	-48	-6.27%
Neuenburg	1071	964	928	954	949	1044	950	26	2.73%	-5	-0.53%	95	9.10%	-94	-9.89%
Nidwalden	24	51	36	36	39	42	41	0	0.00%	3	7.69%	3	7.14%	-1	-2.44%
Obwalden**	0	109	149	146	141	139	129	-3	-2.05%	-5	-3.55%	-2	-1.44%	-10	-7.75%
St. Gallen	1609	1633	1600	1613	1572	1502	1440	13	0.81%	-41	-2.61%	-70	-4.66%	-62	-4.31%
Schaffhausen	824	699	644	636	628	600	577	-8	-1.26%	-8	-1.27%	-28	-4.67%	-23	-3.99%
Schwyz	412	397	441	439	421	445	434	-2	-0.46%	-18	-4.28%	24	5.39%	-11	-2.53%
Solothurn	3011	2744	2460	2432	2380	2327	2182	-28	-1.15%	-52	-2.18%	-53	-2.28%	-145	-6.65%
Tessin	1474	1694	1443	1446	1436	1432	1247	3	0.21%	-10	-0.70%	-4	-0.28%	-185	-14.84%
Thurgau	858	785	721	724	742	718	693	3	0.41%	18	2.43%	-24	-3.34%	-25	-3.61%
Uri	190	187	182	178	178	181	177	-4	-2.25%	0	0.00%	3	1.66%	-4	-2.26%
Vaud	2107	1980	1813	1855	1912	2000	1952	42	2.26%	57	2.98%	88	4.40%	-48	-2.46%
Valais	576	576	601	547	554	561	565	-54	-9.87%	7	1.26%	7	1.25%	4	0.71%
Oberwallis*	166	245	239	216	213	215	182	-23	-10.65%	-3	-1.41%	2	0.93%	-33	-18.13%
Zug	271	240	244	240	244	227	211	-4	-1.67%	4	1.64%	-17	-7.49%	-16	-7.58%
Zürich	6159	5830	5457	5274	5179	5189	5144	-183	-3.47%	-95	-1.83%	10	0.19%	-45	-0.87%
Schweiz	39010	36667	33891	33345	32864	32354	31388	-546	-1.64%	-481	-1.46%	-510	-1.58%	-966	-3.08%

